

Ursula Nonnemacher

**Rede zum Antrag der CDU Fraktion "Familienerholung mit Familienbildungsangeboten ergänzen"; 72. Plenarsitzung am 28.02.2013**

- Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede!

2011 wurde die Vergabepaxis für die Familienferienzuschüsse neu geregelt. Zum Bedauern der Familien- und Wohlfahrtsverbände wurden die Zuschüsse für den Familienurlaub dem Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) übertragen. Jetzt beklagen die Familien- und Wohlfahrtsverbände, dass 2012 die Gelder für Familienferien aufgrund der Vergabepaxis über den LASV nicht vollständig abgerufen wurden und den Familien deshalb insgesamt weniger Zuschüsse ausgezahlt werden konnten.

Die Notwendigkeit der Neuorganisation der Mittelvergabe greift der CDU Antrag auf und fordert insgesamt eine Neukonzeption und Weiterentwicklung der Familienbildung. Hierzu würde auch der bereits im ersten Quartal 2012 fertiggestellte, aber immer noch nicht öffentlich verfügbare, Bericht zur "Entwicklung eines konsistenten Modells der Familienbildung im Land Brandenburg" ebenfalls Anregungen geben können.

Obwohl der Bericht seit einem Jahr auf Eis liegt, konnte das Ministerium ihn bisher wegen "schwerwiegendem Veränderungsbedarf" nicht freigegeben und es ist fraglich, ob er überhaupt veröffentlicht wird oder gänzlich in der Schublade verschwinden muss. Hoffentlich wird das kein Landes - "Armutbericht" Brandenburg, der erst nach grundsätzlichen Korrekturanpassungen des Ministeriums unsere Diskussion über die Familienbildung befeuern könnte.

Familienbildung sollte in einem größeren Rahmen konzeptionell neu aufgestellt werden, denn die Familienförderung in Brandenburg kann man getrost als "Förderungszwitzer" aus Mitteln

der Kultur- und Jugendhilfeförderung auf kommunaler Ebene verbunden mit der Förderung aus den Landessozialhaushalt bezeichnen.

Hinzu kommt die Unüberschaubarkeit der in den verschiedenen Regionen vorgehaltenen Angebote. Erziehungskurse, Informationsveranstaltungen, offene Treffs und Gruppen werden in Familiencafés oder in Spielgruppen für Eltern angeboten. Verschiedene Träger bieten in unterschiedlichen Organisationsstrukturen Familienbildung an. Als Beispiel werden in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Brandenburg in Kindertagesstätten, Schulen, Kliniken, Unternehmen oder bei Sponsoren niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote für die gesunde frühkindliche Entwicklung zur Stärkung der Elternkompetenz bereitgestellt. Weitere Informationen vermitteln der "Ratgeber für Familien", der "Familienpass Brandenburg" oder "kostenfreie Elternbriefe."

Wer Kinder gut und früh fördern will, muss die Eltern gut und früh fördern und sie in ihrer Verantwortung diskriminierungsfrei unterstützen und stärken. Damit Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden, brauchen wir eine Vernetzung von Kindertagesbetreuung, Familienberatung und Familienbildung sowie Familienerholung. Alle Eltern und Kinder sollen Zugang zu Familienbildungsangeboten haben. Leider zeigt die Praxis häufig, dass Bildungs- und Erholungsangebote gerade diejenigen Eltern nicht in Anspruch nehmen, die sie am dringendsten brauchen.

Niedrigschwellige Angebote können Familien erreichen. Sie sollten deshalb auch über die Träger der Familienzentren, Mütter- oder Stadtteilzentren oder an Kitas oder an Grundschulen vergeben werden. Dort kommen Eltern zusammen und hier lassen sich Hilfsangebote wohnortnah und sozial ausgewogen vermitteln. Berücksichtigt werden sollte auch, dass benachteiligte Regionen mehr Mittel für die Gewährung von Zuschüssen für Familienferienreisen vorhalten müssen, um damit sozialen Ausgleich zu schaffen. Solche Angebote sollen nachhaltig wirksam sein und kontinuierlich finanziert werden.

Wichtig ist, dass Familienbildungsangebote überall im Land verfügbar sind und nicht nur der Finanzkraft der jeweiligen Kommune überlassen bleiben. Trotz Unübersichtlichkeit und Vielgestaltigkeit der Angebote der Familienbildung muss gewährleistet sein, dass allen Kindern und Eltern der Zugang zu den Familienbildungs- und Erholungsgelegenheiten offen steht.

In diesem Sinn unterstützen wir den Antrag der CDU und stimmen ihm zu.